

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt für sechs Monate 100 Pfg. für ein Jahr 180 Pfg. ...

Bestellen Sie die „Freiheit“ durch Post-Bezahlung oder durch Remittente an die Expedition. ...

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Ein Vorstoß der Kaisertreuen.

## Hindenburg für Wilh. II.

Nachdem der Kriegsminister Oberst Reinhard neuerlich in der preussischen Nationalversammlung in herausfordernder Weise für Wilhelm II. demonstrierte, tritt jetzt auch Hindenburg mit einer neuen „Ehrenrettung“ des gekrönten Deserteurs an die Öffentlichkeit.

Wolffs Bureau verbreitet eine von ihm stammende Erklärung, weshalb der Kaiser nach Holland ging. Nach einem bösen Seitenhieb auf den Prinzen Max von Baden, der die Abdankung Wilhelms II. „ohne dessen vorherige Einverständniserklärung veröffentlichte“, schildert Hindenburg die verzweifelte militärische Lage des Feldheeres, die angeblich durch die im Rücken des Heeres ausgebrochene Revolution herabbeschworen worden sei.

„Angesichts dieser Lage — fährt Hindenburg fort — war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in die Heimat nicht mehr denkbar. Sie konnte nur nach an der Spitze treuer Truppen erzwungen werden. Der völlige Zusammenbruch Deutschlands war dann unvermeidlich; hätte sich doch zum Kampf mit dem zweifellos nachdrängenden äußeren Feinde der Bürgerkrieg gestellt.“

Diese Neuherung beleuchtet die Denkweise der Kaisertreuen Militärs, die sich vorübergehend der Republik anpassen, um das alte Regime nach Möglichkeit wieder herzustellen, in recht effektvoller Weise. Also: „nur an der Spitze treuer Truppen“ konnte der Kaiser sich die Rückkehr in die Heimat „erzwingen“. Kein Gedanke, daß der Mann, der zu den Hauptschuldigen des Weltkrieges und der über Deutschland hereingebrochenen Katastrophe gehört, die Pflicht hatte, in die Heimat zurückzukehren, um vor dem Volke die Verantwortung zu tragen, statt siege nach dem Auslande zu entweichen. Aber das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit vor dem Volke liegt den Worten vom Schlosse Hindenburg vollkommen fern. In ihrem Bestreben, den „angestammten Monarchen“ reinzuwaschen, offenbaren sie erst recht die Klüfte, die zwischen ihnen und dem Volke liegt.

## Oven in Adlershof.

Der Kriegsminister Reinhard hat in der Preussischen Nationalversammlung die großartigste Aktion der Regierungstruppen gegen Adlershof herbeigeführt. Er wußte sich dabei aber auf weiter nichts als auf die „große Waffenbeute“ zu stützen, die den Soldnern in die Hände gefallen ist. Daß diese Waffen lediglich zur Verfügung der Sicherheitswehr standen, der die Bewachung des Flugplatzes anvertraut war, und daß diese Waffen haben mußte, weil sie das ihr zur Bewachung anvertraute Gut nicht mit dem Knüttel schützen konnte, vergaß Herr Reinhard wohl absichtlich zu sagen. Er wollte aber der Versammlung die Notwendigkeit der Regierungstruppen demonstrieren und dazu bedurfte er eines Schreckgespenstes. Wie wenig die Befehle Adlershofs am Plage war, bezeugt eine Resolution, die am Montag nachmittag, also nach der Befehlsgebung, von den Gemeindevertretern aller Parteien einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Gemeindevertretung nimmt mit Bedauern von den Vorgängen Kenntnis, die am Sonntag bei den Hausdurchsuchungen nach Waffen in Adlershof vorgekommen sind. Die Gemeindevertretung kann nicht ersehen, daß auch nur der geringste Grund vorgelegen hat, die Einwohner durch verhängnisvolle Maßnahmen zu beunruhigen und zu disziplinieren. Der Adlershofer A. und S.-Rat hat es sich stets angelegen sein lassen, im Interesse der Bürgerschaft zu wirken. Diese Tätigkeit des A. und S.-Rates ist auch von den Behörden mehrfach rühmend anerkannt worden. Um so bedauerlicher ist es, daß die Gemeindevertretung schließen muß, daß das Mitglied der Nationalversammlung, Emil Risch, auf offener Straße verhaftet worden ist. Die Gemeindevertretung protestiert dagegen, daß die Bevölkerung von Adlershof in so rüchloseloser Weise beunruhigt wird. Sie ersucht die Reichs- und Staatsbehörden, dahin zu wirken, daß derartige Verhältnisse ohne Grund in Zukunft unterbleiben.“

Um das Maß der Erbitterung voll zu machen, verlangte der Kommandeur der Regierungstruppen, Herr Oven, zur Unterbindung der Mannschaften Bürgerquartiere.

Dies wurde ihm verweigert, da in Adlershof die Wohnungsnot so groß ist, daß kaum die anfallige Bevölkerung untergebracht werden kann. Herr Oven verhängte daraufhin den verschärften Belagerungszustand, beschlagnahmte Säle und andere Räumlichkeiten und ist nun bis auf weiteres unbeschränkter Herrscher über Adlershof.

Die Erregung der Einwohner ist ob dieser brutalen Herausforderung noch mehr gesteigert worden. Zu dem Vorgehen der Regierungstruppen lag nicht der geringste Anlaß vor. Noch viel weniger läßt sich die Verhängung des Belagerungszustandes rechtfertigen, der eine unerhörte Provokation der Einwohnerschaft bedeutet. Die Herren arbeiten völlig nach belgischem Muster. Die Selbstherrlichkeit, mit der sie dort die Bevölkerung terrorisierten, ist den Militaristen so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie sie nun auch zu Ruh und Frommen der Heimat walten lassen. Aber hier wie dort bleibt der Erfolg der gleiche. Sie werden mit ihrem Vorgehen nichts als Haß ernten, der sich solange steigern wird, bis das ganze System elend zusammenbricht.

## Rücktritt v. Gerlachs.

Wie wir hören, hat Herr v. Gerlach, der bisher Unterstaatssekretär im preussischen Ministerium des Innern war, der Regierung seine Demission überreicht. Herr v. Gerlach war schon seit einiger Zeit mit der äußeren Politik der Regierung nicht einverstanden, einmal wegen der Rosenfrage, dann aber wegen der Nichtbeilegung der durch die Kriegspolitik kompromittierten Persönlichkeiten, ebenso wenig wie mit der inneren Politik, die zu dem Gewaltregiment Rössels führte. Tollends unmöglich wurde ihm die Beibehaltung einer Stellung, die ihn bis zu einem gewissen Grade zur Vertretung der Politik der Regierung verpflichtet hätte, infolge der letzten Vorgänge, namentlich infolge der Rede des Justizministers Seine, die ausschließlich gegen ihn als gerichtet war und eine Reihe schlimmer Art gegen die Unabhängigen darstellte. Dazu kam noch, daß Seine die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes vertrat und nicht einmal eine Abschwächung zugesichert wollte, die die Versammlungsfreiheit wiederhergestellt hätte. Ganz unerträglich mußte aber jedem Mann mit Rechtsgefühl die ungeheuerliche Art und Weise sein, mit der Seine das sogenannte Standrecht zu verteidigen suchte.

Der Austritt Herrn v. Gerlachs, eines der charaktervollsten demokratischen Politiker, bildet wohl die schärfste Kritik der Regierungspolitik.

## Eingliederung der Räte in die Verfassung.

Berlin, 18. März. Die Beschlüsse der Reichsregierung über die gesetzliche Festlegung der Befugnisse der Betriebsräte und die Eingliederung der Arbeiterräte in die Verfassung sind soweit gediehen, daß dieselben in aller Kürze dem Verfassungsausschuß zur weiteren Behandlung zugeleitet werden können.

## Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Amsterdam, 18. März. Einer Neutermeldung zufolge hat Lord Curzon auf einen von dem Herausgeber des „Christian Commonwealth“ an ihn gerichteten Brief geantwortet, daß die Lebensmittellage in Deutschland zweifellos in einem großen Teil des Landes schlecht sei. Es würden Vorkehrungen getroffen, um eine große Lebensmittelniederlage an einem passenden Mittelpunkt zu errichten, von wo aus die Lebensmittel, sobald die notwendige Lohnhöhe zur Verfügung stehe, um sie zu transportieren, rasch und gut verteilt werden könnten. Die blockade sei auf die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln ohne Einfluß. Sie verbinde nicht, daß die Lebensmittel, mit denen man Deutschland versorgen könne und wolle, dahin befördert werden. Er wisse nichts davon, daß die an Deutschland überwiechene Kinderbekleidung auf dem Wege dorthin angehalten worden sei.

Rotterdam, 18. März. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge, wird die erste Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in Höhe von 300 000 Tonnen innerhalb 20 Tagen geliefert und von Rotterdam aus verschifft werden.

## Neuorganisation der Landwirtschaft.

Die augenblickliche schwierige Lage unserer Ernährung ist zwar nur durch Hilfeleistung der Entente zu beheben. Trotzdem sind Maßnahmen, die die Landwirtschaft betreffen, von der größten Bedeutung für die künftige Gestaltung unserer Ernährungsverhältnisse, da hierdurch die Erträge der nächsten Ernte beeinflusst werden und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Republik davon abhängt.

Was geschieht, um durch zweckmäßige Organisation der Frühjahrsbestellung die Erträge der landwirtschaftlichen Produktion zu steigern? Wie greift die Regierung in den Produktionsprozeß ein? Geht man endlich dazu über, die Säen und zarte Klümpchen vor der Reuegung auch der ländlichen Güterezeugung zu überwachen, oder beschränkt man sich, wie während des Krieges, nur auf eine sehr mangelhafte Kontrolle der Verteilung der rationierten Nahrungsmittel?

Die letzte Rede des Ernährungsministers Robert Schmidt läßt erkennen, daß man zwar diese Kontrolle mildern will, und von Einwirkungen in die Produktion ist absolut keine Rede. Am Geanteil, man liest nur von wirtschaftlich rationalen Maßnahmen, wie dem neuen Züchtungsgebot und jener Verordnung zur Verkleinerung der Ackerkommission, die an Stelle leistungsunfähiger Großbetriebe, die leicht mit allen modernen Maschinen ausgestattet werden können, wieder technisch rückständige kleine Betriebe setzen, die schwer zu gemeinsamen Handeln, zu verlagerter Arbeitsteilung im Anbau zu organisieren sind. Regelung des Anbaues, planmäßige Förderung der Produktion durch zweckmäßige Verteilung von Kunstdünger, Bereitstellung landwirtschaftlicher Maschinen, Ausdehnung des Anbaues aller nicht notwendigen Nut- und Tierpflanzen, das sind die Ziele, welche die Landwirtschaft der Ueberlebenswirtschaftlichen werden muß. Sehen wir ab von einer sofortigen Sozialisierung der Großbetriebe (an Konfiskation des Bauernlandes denkt kein Sozialist), so ist doch unter den heutigen Verhältnissen bei energetischem und zielstrebendem Willen von Staat und Gemeinde manches zu erreichen.

Die Organe dieser wirklich modernen Agrarpolitik müssen in erster Linie heute die Dorfgemeinden sein und die großstädtische Kommune. Die staatlichen Domänen müssen mit größter Eile in Musterbetriebe verwandelt werden, um durch ihr Beispiel zu wirken und die Kräfte für die Leitung der später sozialisierten Großbetriebe heranzubilden. An der Dorfgemeinde hätten die Bauern- und Landarbeiter die jene Maßnahmen durchzuführen oder zu überwachen, die geeignet sind, die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern. Forderter doch selbst der Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt von Braun in dem Sammelwerk über „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege“ „zwingende staatliche Vorschriften für die Düngung, die Saatgutwahl und die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten“.

Die Verteilung von Kali und Salpeter ist ja bei der staatlichen Produktion oder Syndizierung des Kalibehandes verhältnismäßig leicht durch die Behörden zu übernehmen. Die Regelung des Anbaues und die Schädlingbekämpfung, die Anwendung des Motorspluges und anderer landwirtschaftlicher Maschinen, leben eine einheitliche Dorf- bzw. Kreisvorsorge, die nach einheitlichem Plan bebaut wird. Es muß also zu einer Art modernem Agrarplan kommen, der vom Staate, unter Mitwirkung der demokratischen Organisation des Dorfes, eingeführt wird. Die Grenzen der zahlreichen kleinen Feldarundstücke im Gemeindefeld sollen dabei natürlich fort. Der Gesamtvertrag wird dem Landbesitzer entsprechend unter die Banner verteilt. Die landwirtschaftlichen Maschinen wären ebenfalls vom Staate zu liefern und durch die Dorfgemeinde an die Bauernschaft zu vermieten. Damit bliebe das bäuerliche Privateigentum bestehen, aber es würden technische Fortschritte ausgenutzt, die bislang durch das feilwarenmäßige Privateigentum am Grund und Boden behindert wurden oder nur im Großbetriebe ausgenutzt werden konnten.

Was ist in dieser Richtung bisher geschehen? Unseres Wissens nichts oder fast nichts. Es ist leider vom Staate bei der heutigen politischen Lage, bei der Koalitionskriegsruhe, bei der Rücksicht auf Zentrum und bürgerliche Demo-

trakte nicht viel zu erwarten. Um so notwendiger ist die Arbeit der Kommunen, in denen die Sozialdemokratie vielfach die Mehrheit der Stadtvertretung erlangt hat. Die Großstädte, aber auch Mittelstädte, müssen der landwirtschaftlichen Produktion ihr Augenmerk zuwenden, sowohl im Interesse ihrer Einwohner, die das nichtverderbliche Gemüse aus nächster Nähe erhalten, als auch im Interesse der Entwicklung der Landwirtschaft.

Die Kommunen, können, falls sie sich tüchtige landwirtschaftliche Beamte sichern und mit Sachkenntnis und Umsicht vorgehen, durch die Schaffung moderner Großbetriebe (nicht nur Rieselfelder) vorbildlich wirken. Sie können durch Einführung moderner landwirtschaftlicher Maschinen, durch Ausübung bislang nur auf dem Versuchsfelde erprobter Verfahren, der Landwirtschaft sehr wertvolle Dienste leisten, wobei ihnen der Rat und die Unterstützung der Männer der Agrarwissenschaft und der Dozenten der landwirtschaftlichen Hochschulen förderlich sein wird.

Die Kommunalverwaltungen können aber auch durch Ausschaltung des Zwischenhandels, durch direkte Belieferung ihrer Einwohner, mit Unterstützung der Konsumvereine, der Preissteigerung von Gemüse entgegenwirken und vielleicht auch auf dem Gebiete der Viehzucht manche Erfolge erringen. Vor allem aber ist der Beweis zu erbringen, daß behördlich geleitete landwirtschaftliche Betriebe rentabel sind und trotz Bürokratie kostengünstig verwaltet werden können. Gelungene Experimente wären die beste Propaganda für die Sozialisierung der privaten Großbetriebe, sie ist anzubahnen unter Berücksichtigung der besonderen Übergangsschwierigkeiten, aus Mangel an technischem Personal und mannigfachen anderen Gründen.

Die hier gesteckten Ziele, die Neuorganisation der Landwirtschaft, werden natürlich nur unter Überwindung großer Widerstände und nicht ohne Fehl- und Rückfälle zu erreichen sein, aber es muß endlich der Anfang gemacht werden. Man muß, anstatt in überlebte Bauernromantik zu verfallen und in Kleinbetrieben das Ideal der Zukunft zu erblicken, dem technisch vollkommenen sozialisierten Großbetriebe zustreben. Das ist auch der einzige Weg, möglichst bald die Erträge der heimischen Landwirtschaft zu erhöhen. Eine solche staatliche, kommunale und dörfliche Agrarpolitik steht aber lähnen, revolutionären Willen, gepaart mit allgemeiner Sachkenntnis und geschickter Anpassung an lokale Bedürfnisse, voraus. Leider ist vom Staat heute wenig zu erwarten und es wird der Initiative der Sozialisten, besonders in den Gemeinden bedürfen, um wirklich vorwärts zu kommen.

Durch die Mitwirkung der Bauern- und Landarbeiterräte bei der Neuorganisation der dörflichen Landwirtschaft wird auch am besten jenes Trugbild bekämpft, das rückständige Landproletariat und vom Arieer ermüdete städtische Industriearbeiter so häufig narri, das Ideal der eigenen Scholle, des Kleinbäuer, des Eigenheimers auf dem Lande. Die Wirklichkeit kann nach allen Erfahrungen nur der sich abrodierende kulturlose Kleinbauer sein, der sehr oft in eine drückende Abhängigkeit vom benachbarten Großbetriebe gerät.

Das Sehnen aus dem Häusermeer der Großstadt ist begreiflich, aber das Zukunftsprogramm der Sozialdemokratie muß hier lauten: Gartenstadt als Wohnstätte, aber nicht ländliche Siedlung mit zahlreichen Kleinbetrieben. Nicht ländliche Parzellen, sondern Hausgarten heißt hier die Lösung. Auch auf diesem Gebiet hat die Kommune Pionierdienste zu leisten.

Die Arbeiterklasse muß diesen Fragen viel mehr Interesse entgegenbringen. Es handelt sich dabei um ihre Lebensinteressen, denn im Sozialismus muß der Grund und Boden wieder zum *ager publicus* (öffentlicher Acker), zum Nutzen der Allgemeinheit bebaut werden. Dann wird es nicht mehr Besitzfragen geben, sondern nur Probleme der möglichststen Vollkommenheit des landwirtschaftlichen Betriebes.

## Sangsame Arbeit.

Eine der wichtigsten Aufgaben wäre es, endlich durch eine energische Steuergesetzgebung den Anfang mit der Ordnung der durch den Krieg vollständig zerstörten Finanzen zu machen. Jetzt schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ offiziös:

Die Vorbereitung der neuen Steuern des Reichs ist nunmehr so weit gefördert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Fertigstellung dem Staatsauschuss zu überreichen, damit sie möglichst schnell von ihm an die Nationalversammlung gelangen. Das ist um so mehr erstrebenswert, als es dringend erwünscht erscheint, auch in finanzieller Hinsicht die Kriegswirtschaft abzubauen und aus dem Schwelgebund eines überaus hart angepaßten Kredit zu einer energischen Abkündigung der Reichsschulden und gerechten Verteilung der Steuerlasten überzugehen. Zunächst werden dem Staatsauschuss die Entwürfe einer Kriegsabgabe für 1919, einer Vermögenszuwachssteuer, einer Kapitalertragssteuer, einer Grundwechselfabgabe, einer Vergütungssteuer, einer Tabaksteuer und einer Spielkartensteuer beizulegen; zu ihnen wird u. a. der Entwurf einer Erbschaftsteuer in kurzen Hinweisen, weitere Gesetzesentwürfe werden anschließend folgen, und das ganze Werk soll durch die große Vermögensabgabe gekrönt werden. Ueber die Verteilung der steuerlichen Belastung ist, wenn man nach den vorläufigsten Entwürfen der einzelnen Steuern urteilt, zu sagen, daß sie eine ganz überwiegend indirekte sein wird, während die indirekten Abgaben nur eine vergleichsweise geringfügige Rolle spielen werden. Das entspricht den vom Minister Schiffer in seiner bekannten Rede in der Bundestammer vertretenen Plänen, denen sich die damalige provisorische Reichsregierung in ihrer Veröffentlichung vom 21. Dezember 1918 angegeschlossen hat.

Dazu ist zu sagen, daß das Reichshauptamt für Reichsfinanzangelegenheiten, solange unsere Genossen in der Regierung waren, drängten sie unausgesetzt auf Beschleunigung und verlangten, daß energische Maßnahmen ergriffen werden, um vor allem das Verschleppen der Vermögenswerte ins Ausland zu verhindern. Was das Schicksal dieser Beziehungen anbelangt, ist unzureichend gewesen. Von wirklichen energischen Maßnahmen, z. B. einer vollständigen Registrierung der Vermögen hat es Abstand genommen und seitdem sind immer große Vermögenswerte ins Ausland verschifft worden. Unsere Genossen forderten auch, daß die wichtigsten Vermögenssteuern sofort in Kraft gesetzt werden. Des Weiteren zunächst an den unheimlichen verstaatlichten Einkommen der Bundesstaaten. Nach dem Austritt unserer Genossen tat dann aber

die rechtssozialistische Regierung nichts, um diesen Widerstand zu brechen, sondern überließ alles der Nationalversammlung. Dieser liegen aber noch immer die Geleitsentwürfe, die übrigens wiederum recht ansehnliche indirekte Steuern zu enthalten scheinen, nicht vor, obwohl mit jedem Monat Verzögerung für die Steuereinnahme des Reichs unüberwindliche Verluste entstehen.

## Ein Täuflingsverbot.

Das Post-Bureau bringt folgende offizielle Notiz: Von zehnjähriger Seite wird uns geschrieben: Die „Freiheit“ vom Montag, den 17. d. M., veröffentlicht unter der Überschrift „Die Bewaffnung des Bürgertums“ ein verurteilendes Zirkular des Bürgerrats von Groß-Berlin, in dem es heißt: Dieser Bürgerrat sei im Begriff, „Hand in Hand mit den Regierungsruppen eine bewaffnete Bürgerwehr einzurichten.“ Die „Freiheit“ folgert daraus: Die Regierung Scheidemann schaffe bewaffnete Bürgerwehren, während sie gleichzeitig für die möglichst zeitlose Entwaffnung der Arbeiter Sorge.

Die Waffenabgabe ist schon von dem Rat der Volksbeauftragten angeordnet worden, als die Herren Paale, Borst und Dittmann dazu gehörten. Die jetzige Regierung hat mit allem Nachdruck abgelehnt, ihre Zustimmung zur Schaffung besonderer Bürger-, Studenten- oder Bauernwehren zu erteilen. Auch jetzt erfolgt keine Bildung von Wehren, denen nur Angehörige einer bestimmten Berufs- oder Altersklasse angehören. Bei der Bildung von Bürgerwehren ist in jedem Falle bestimmt worden, daß alle Bevölkerungsklassen herangezogen seien. Wo zum Schutze der Bevölkerung gegen Raub und Plünderung die Einwohner eines Ortes aufgerufen werden, haben die Arbeiter nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die staatsbürgerliche Pflicht, sich zur Verfügung zu stellen.

Dazu ist zunächst zu sagen, daß es zwar richtig ist, daß unsere Volkseigenen mit der Waffenabgabe einverstanden waren, aber nur unter der Bedingung, daß eine unbedingt unerlässliche, auf völlig demokratischer Basis organisierte Volkswehr geschaffen werde. Daß die Koske-Garden diese Volkswehr nicht sind, daß die Art der Wehr, wie sie unter den Auspizien Koskes und Hänisch' a'geschicht, vor allem dafür sorgt, daß die Offiziere und Studenten in diesen Wehren die Hauptrollen spielen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Wobin das führt, das haben ja die Arbeiter im Reich und in Berlin schauernd miterlebt.

Daß darüber hinaus das Bürgertum sich bewaffnet, beweist das Zirkular des Bürgerrats unmissverständlich. Wenn der „Vorwärts“ behauptet, dieses Zirkular sei vom Januar datiert, so stimmt das nicht. Das Zirkular, das wir veröffentlicht haben, trägt das Datum vom Februar 1919 und der Empfänger hat es erst vor einigen Tagen erhalten.

Der Wunsch der Täufling über den wirklichen Stand der Dinge wird also weder dem „Vorwärts“ noch den anderen Offiziellen gelinuen.

## Der preußische Verfassungsentwurf.

Der Verfassungsausschuss der Preussischen Landesversammlung zur Vorbereitung der vorläufigen Verfassung trat am Dienstag unter dem Vorsitz der Abg. Dr. Borst und Graf zusammen und verabschiedete den Entwurf. Die grundlegenden Bestimmungen der Regierungsvorlage wurden durchweg aufrecht erhalten. So wurde gegen die Angriffe der Medien das Wort „Republik“ im Grundgesetz § 1 der Verfassung aufrecht erhalten. In § 3 wurde die Ernennung des Ministeriums dem Präsidenten der Landesversammlung zugewiesen. Der Gedanke der Einhebung eines besonderen Staatpräsidenten fand nur noch geringe Vertretung, aber auch der Antrag der Demokraten, den Ministerpräsidenten durch die Landesversammlung selbst zu wählen, fand keine Mehrheit. Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige beschloßen, die Ministerernennung durch den Präsidenten der Landesversammlung zu lassen. Das Zentrum bemühte sich überdies, der Regierung gefällig zu sein. Die Kommission erweiterte ferner den Verfassungsentwurf durch eine Anzahl von Bestimmungen über Notverordnungsrecht, Begnadigungsrecht und Nachprüfung der seit der Revolution erlassenen Bestimmungen.

Diese Mehrheit ließ sofort auseinander, als das Märkchen zur Besprechung gelangte. Unsere Genossen hatten schon im Plenum beantragt, die politischen Rechte der Arbeiterklasse in der Verfassung festzulegen und zu bestimmen, daß ein preussisches Gesetz nur durch übereinstimmende Beschlüsse der Vertretung der preussischen Arbeiterklasse und der Nationalversammlung zustande kommen könne. Bei einer Nichtübereinstimmung dieser beiden Körperschaften sollte eine Volksabstimmung entscheiden.

Vergeblich trat Genosse Dr. Rosenfeld für diese Forderungen ein, vergeblich erinnerte er die Rechtssozialisten an das Versprechen der Reichsregierung, wenigstens die wirtschaftlichen Befugnisse der Arbeiterklasse in der Verfassung zu verankern. Die Herren verzweifelten auf die Reichsverfassung und erklärten es für überflüssig, ähnliche Bestimmungen in die preussische Verfassung aufzunehmen. Auch von einer Volksabstimmung wollten diese Demokraten nichts wissen. Sie bekämpften das Märkchen mit dem Hinweis darauf, daß auch der Märkchengesetz politische Befugnisse für die Räte abgelehnt habe. Abg. Heilmann (Soz.) erklärte, daß das Märkchen bedeutete, daß man zahlreiche Bürgern die politische Erstzinst absprenge und damit auch die persönliche Erstzinst, so daß die logische Folge das Totschlagen der Kapitalisten sei, die ja auch in der Ukraine vorgenommen worden feilt. Die Anträge unserer Genossen wurden gegen die Stimme unseres Vertreters abgelehnt.

Die Befugnisse der Landesversammlung wurden von der Kommission etwas erweitert. Nach dem Vorschlag der Regierung sollte diese das Recht haben, die Landesversammlung zu verlagern. Genosse Dr. Rosenfeld wies darauf hin, daß die Nationalversammlung nach der Verfassung souverän sei und über der Regierung stehe, also dürfe diese nicht für berechtigt erklärt werden, die Versammlung der Landesversammlung anzuordnen. Die Kommission sah dies ein und ließ das Verlagerungsrecht der Regierung.

Weiter beschloß die Kommission auf Antrag des Genossen Rosenfeld, daß die Landesversammlung auf Antrag von mindestens einem Drittel der Abgeordneten Unterjurisdiction ausüben könne, denen die Partei der Antragsteller angehören muß. Allerdings fanden die weitergehenden Anträge unserer Genossen, dieser Kommission das Recht zu erteilen, die Regierung zu geben, nicht einmal bei den Rechtssozialisten Zustimmung. Juristische Bedenken hinderten sie daran.

Die zum Inhalt der Abgeordneten zu wählen, war früher selbstverständliche Aufgabe der Sozialdemokraten. Aber nicht einmal die Anträge unserer Genossen, die Immunität abzuschaffen und zu erweitern, fanden die Unterstützung der Rechtssozialisten. Weder der Hinweis auf Verfassungen von Abgeordneten noch auf die Hausfassungen bei den Abgeordneten Paale und Dr. Cohn veranlassen die Mitglieder des Ausschusses, weiteren Anträgen zuzustimmen, die dahin gingen, die Abgeordneten vor Verhaftung und ihre Wohnungen vor Durchsuchungen zu schützen. Es war dem Regierungsozialisten Abg. Cuno vorbedacht, darauf aufmerksam zu machen, daß bei Annahme unserer Anträge ein Abgeordneter einen anderen oder einen Wähler ergreifen könnte, ohne sich der Gefahr der Verhaftung auszu-

setzen, und daß Verbrecher die Wohnungen der Abgeordneten als Asyl betrachten könnten. Auch juristische Bedenken wurden geltend gemacht. Es gelang dem Genossen Dr. Rosenfeld nur, eine Resolution zur Annahme zu bringen, in der die preussische Regierung aufgefordert wurde, durch die Reichsregierung auf die Nationalversammlung in Weimar einzuwirken, daß die für die Mitglieder des Reichstages in Aussicht genommenen Immunitätsbestimmungen auch auf die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung der Einzelstaaten ausgedehnt würden.

Abgelehnt wurden die Anträge unserer Genossen, in der Verfassung auszusprechen, daß die Mitglieder des Hauses Bonaparte für alle Zeiten abgesetzt und ihre Familienmitglieder aus dem preussischen Reichstum sein lassen. Abg. Reinhold (Soz.) meinte unter Zustimmung seines Parteifreundes Hellmann, bezügliche „Spieleisen“ (111) seien abzulehnen!

## Das bayerische Regierungsprogramm.

München, 18. März.

In einer Erklärung in der heutigen Landtags-Sitzung führte Ministerpräsident Hoffmann aus:

Immer noch läßt uns die Entente auf den ersehnten Frieden warten; wird die Abwehrungsarmee noch ein paar Wochen weiter betriebe, dann ist ein großes Volk und Land total ruiniert. Der Minister forderte im Namen der Menschlichkeit die Beendigung der Blockade, die Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen sowie die Freigabe unserer Gefangenen. Mit warmen Worten gebachte er der preussischen Wehr, die tren zu Bayern haben wollen und sandte weitere Grüße an die deutschen Brüder an der Donau.

In Erweiterung der innerpolitischen Lage erklärte Hoffmann, daß die neue Regierung die Souveränität des Volkes und des von ihm gewählten Landtages anerkenne und betone, daß es Aufgabe des Landtages sein werde, die Räte zu fruchtbringender Mitarbeit im öffentlichen Leben heranzuziehen.

Das Programm der Regierung sei: Frieden und Freiheit! Soziale Fürsorge und wirtschaftlicher Aufbau nach neuen Grundlagen. Es solle ein Programm der Taten sein. Die kapitalistische Wirtschaft sei jetzt und für alle Zeiten unmöglich geworden. Sicher aber die Entente, nicht alle notwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe und erkennen die Volkswirtschaft nicht die Pflicht zur Arbeit, so nahe aller Mut der Regierung nicht und sei dann wehrlos. Arbeit sei das einzige Heilmittel für unser feilich und wirtschaftlich verelendetes Volk. Weiter erklärte der Minister, daß Bayern nicht daran denke, sich vom Reiche loszulösen, daß es aber die Möglichkeit eines freien eigenen Lebens fordere. Der Weltkrieg müsse enden mit einer Verständigung der Völker.

Im Laufe der Sitzung wurde angenommen ein Gesehensurteil über die Aufhebung der Familienidealkommission, ferner ein Gesehensurteil, durch den der bayerische Adel aufgehoben wird, und ein weiterer Entwurf, nach welchem Lehen nicht mehr neu verliehen werden dürfen. Der Entwurf eines Landtagswahlgesetzes wurde von der Regierung zurückgezogen. Sie wird in Kürze ein neues diesbezügliches Gesetz einbringen.

Zum Schluß der Sitzung gab im Einverständnis mit sämtlichen Parteien des Hauses Abgeordneter Speck (Bayerische Volkspartei) eine Erklärung ab, in der gegen die Aufzwingung eines gewaltsamen Friedens, die Auflösung deutscher Gebiete, die Zurückhaltung der deutschen Geangenen und die verbotene Verhinderung des Anschlusses der Deutsch-Ostereuler an Deutschland protestiert wird. In einmütiger Wunschnahme wurde sie das ganze Haus auf den Boden der Erklärung.

Darauf wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Für die Eingliederung Deutschösterreichs.

Weimar, 18. März. Im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung wird morgen der Antrag des Abgeordneten Neumann (Demokr.) beraten werden. In der Verfassung ist vorgesehen zu bestimmen: Deutschösterreich tritt als Ganzes als ein Gliedstaat dem Deutschen Reiche bei. Etwas Abänderungen bestimmen die im Einvernehmen mit Deutschösterreich zu erlassenden Ausführungsgesetze unter Berücksichtigung der im Artikel 15 festgestellten Grundsätze.

## Ein Ultimatum der tschechischen Sozialisten.

Die tschecho-slowakische Sozialdemokratie, die nur allzu sehr im Nationalismus befangen war und deren Vertreter in einem bürgerlich-bourgeoisem Kabinett bisher sehr wenig Selbständigkeit gezeigt haben, wird durch den Gang der Entwicklung allmählich wieder zu sozialistischer Befassung gebracht. Nach einem Bericht der „Post, Jg.“ hat der Klub der sozialistischen Abgeordneten der tschechischen Nationalversammlung angeht die vollständigen Versagen der bürgerlichen Regierung gefordert, 1. daß innerhalb von 14 Tagen ein Gesetz angenommen wird, mit welchem prinzipiell die Enteignung des Großgrundbesitzes durchgeführt und mit welchem vorübergehend die Verwaltung zum Zweck der Sicherung der heutigen Ernte von der Republik übernommen wird, 2. daß innerhalb von 14 Tagen eine Enquete über die Enteignung der Berg- und Hüttenwerke und eine zweite Enquete über die Enteignung der monopolisierten Großunternehmen durchgeführt wird, 3. daß bis zum 1. April eine Forderung des Krankenversicherungsgesetzes in dem Sinne durchgeführt wird, wie sie die beiden Krankenkassenverbände beschloßen haben, 4. Es müsse unverzüglich ein Gesetz erlassen werden, welches die volle Freiheit des Versammlungs-, Vereins- und Presserechts verfügt, 5. Es müssen sofort Gemeinde-wahlen ausgeschrieben werden.

Falls die einzelnen Parteien der Nationalversammlung diese Garantie nicht übernehmen könnten, tragen wir dem Klubvorsitzenden, dem Vollzugsausschuss um sofortige Einberufung der Parteivertretung zu ersuchen, die über das weitere Vorgehen der Sozialdemokraten in der Nationalversammlung zu entscheiden hätte.

Infolge dieses sozialdemokratischen Ultimatum ist von einer Verlegung der Wahlen zur Nationalversammlung und sogar von einem Rücktritt der bürgerlichen Minister aus der eben erst gebildeten Koalitionsregierung die Rede.

## Aufhebung der Einschränkungen in Amerika.

Berlin, 18. März. Mit harter Verströmung ist eine offizielle Mitteilung aus den Vereinigten Staaten hierher gelangt, deren Bekanntmachung wegen ihres ersten Charakters und ihrer Bedeutung für Tausende von Arbeitssuchenden nicht unterbleiben darf: Seit dem 23. Dezember v. J. hat die amerikanische Regierung alle bisherigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der ausländischen Ausländer in den Vereinigten Staaten aufgehoben. Ausgeschlossen sind hiervon die Einschränkungen über den Eintritt in und die Ausreise aus den Vereinigten Staaten. Gelährte

Lebendige Ausländer bleiben weiter interniert, und soweit sie noch nicht interniert sind, behält das Justizministerium das Recht zu ihrer Internierung.

### Abrüstung und Vorfrieden.

Paris, 15. März. (Havas.) Die diplomatische Lage. Die Versammlung des Obersten Kriegsrats beschäftigte sich hauptsächlich mit der endgültigen Festschreibung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich seines Heeres, Flotten- und Flugwesens auferlegt werden sollen. Der vom Redaktionsausschuss der Alliierten verfasste Wortlaut wurde vorgelesen, wonach es keine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach Unterzeichnung den ihm auferlegten Bedingungen anpassen hat. Die Zahl von 100 000 Mann für ein ständiges Heer wird beibehalten, desgleichen das System der freiwilligen Rekrutierung auf zwölfjährige Dienstzeit, ferner die Abschaffung der Märsche, der Kriegsbetriebe, der Kriegsstelle und des Militärwesens. An dem Entwurf werden nur Änderungen von untergeordneter Bedeutung vorgenommen werden, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands besteht.

Es wurde darauf hingewiesen, daß ein internationalisiertes Militärkommando nach Friedensschluß voraussichtlich nicht fortzubehalten werde und daß einzelne der internationalisierten oder assoziierten Mächte auf Grund ihrer Verfassung nicht in der Lage sind, ihre eigenen Vorschläge an ein internationales Komitee zu übertragen.

Der Rat beschäftigte sich auch mit der Frage, ob die endgültigen Bedingungen Deutschland in Form eines Waffenstillstandes oder im Präliminarfrieden vorzulegen seien. Im Artikel 2 des Abkommens vom 16. Januar 1919 ist vorgesehen, daß der Präliminarwaffenstillstand vom 11. November 1918, der in der Folge mehrfach erneuert wurde, neuerlich auf kurze Zeit zu verlängern sei. Heute scheint mehr die Meinung zu bestehen, die Friedenspräliminarien zu beschleunigen, als ein weiteres Waffenstillstandsabkommen abzuschließen. Die gegenwärtigen schwebenden Verhandlungen würden dadurch den Charakter größerer Bestimmtheit erlangen. Andererseits würde die Ratifikation durch die Parlamente der Alliierten nötig werden, was eine gewisse Verzögerung bewirken würde. Eine Entscheidung wurde gestern noch nicht getroffen.

### Die Wirkungen des Kommandoerlasses.

Ein Korps-Soldatenrat hat die Aufgabe, die Soldaten eines ganzen Korps dem kommandierenden General gegenüber zu vertreten. Er hat dabei sogar nach dem berüchtigten und gewiß nicht gerade revolutionären „Kommandoerlass“ vom 19. Januar das Recht und die Pflicht, den General und das Generalkommando zu kontrollieren.

Wie aber die Herren Generale die Verhältnisse dieser Soldatenvertreter auffassen, davon gibt die Erklärung, die der General des Gardekorps, Herr von Voeckmann, seinem Korps-Soldatenrat bei dessen Einführung machte, ein bezeichnendes Bild. Er sagte dabei unter anderem:

Ich freue mich, daß der ordnungsgemäß gewählte Korps-Soldatenrat den Wunsch geäußert hat, vorgestellt zu werden.

Ich erkläre in diesem Wunsche das Bestreben des Soldatenrates, ein Zusammenarbeiten möglich zu machen auf Grund der von der Regierung erlassenen Verfügung vom 10. Januar 1919. Ich sehe jeden Erlass der Regierung als Befehl an und wie ich Befehle aufnehme und ausführe, habe ich während meiner vierzigjährigen Dienstzeit bewiesen.

Ich lasse unseren Verleht nach den stark gezogenen Richtlinien der Verordnung vom 10. Januar 1919 auf. Militärisch bin ich der Vorgesetzte aller Soldaten, also auch Ihr Vorgesetzter und verlege von Ihnen, daß Sie nur militärisch mit mir verkehren. Sollten einige unter Ihnen sein, die dies auf Grund der mangelhaften Ausbildung nicht können, so haben Sie sich dies recht bald anzueignen.

Sie haben mir hier eine Anzahl Ausweise zur Unterschrift vorgelegt, ich sehe jedoch keine Notwendigkeit, Ihnen dieselben dauernd auszufertigen. Es könnten Fälle vorkommen, wo Mitglieder des Korps-Soldatenrats irgendwohin geschickt werden: ich werde zu diesem Zweck die Karten beim Chef des Stabes niederlegen. Ich muß es ablehnen, Ausweise allgemein auszufertigen. Ich betrachte den Korps-Soldatenrat als eine Abteilung des Generalkommandos und haben Sie sich allen Anordnungen, zu welchem der Chef des Stabes noch die nötigen Anweisungen geben wird, anzupassen. Ich kann es nicht dulden, daß von Seiten des Korps-Soldatenrates bei den Truppen eine Kontrolle ausgeübt wird. In den Kasernen haben Sie nichts zu suchen, ich würde dies als einen Eingriff in meine Kommandoergänzung sowie die der Führer betrachten. Jedes Regiment hat seine Soldatenräte und die Stengen des Verlehtes sind Ihnen ja in der Verordnung gegeben.

In der letzten Zeit waren einige Kollegen in der „Motten Schanze“, die nur durch Indispositionen hineingekommen sein können. Ich ermahne, daß Sie keinerlei Verbindung mit dieser Zeitung haben, denn diese Zeitung scheidet aus dem Bereich des Möglichen aus. Ich erkläre, daß ich andernfalls mit jedem von Ihnen die Zusammenarbeit ablehne.

Die Politik muß nach meiner Meinung aus dem Heere ausfallen, sie soll und wird aus dem Heere verschwinden, darauf können Sie sich verlassen.

Wenn Sie mit mir verkehren wollen, melden Sie sich beim Chef des Stabes, und wenn ich es für notwendig erachte, werde ich Sie hören. Ich werde Sie überall da ausnützen, wo ich dies im Interesse der Mannschaften für nötig halte, bisher war ein gedehntes Zusammenarbeiten mit dem bisherigen Soldatenrat in diesem Sinne leider nicht möglich. Nur wenn Sie auf diese Weise mit mir arbeiten wollen, dürfte dies ein ersprießliches sein. Überlegen Sie sich, ob Sie auf dieser Basis mit mir zusammenarbeiten können und sprechen Sie sich aus.

Dies wünsche ich keine Ausprüche.

Also der General wünscht keine Ausprüche. Er wünscht offenbar überhaupt keinen direkten Verkehr mit ganz allgemein Soldaten, die nichts weiter sind als die Vertrauensleute ihrer Kameraden. Er wünscht offenbar, daß der Korps-Soldatenrat vor ihm herum steht und die „A o u e n z u s o m m e n i m t“. Die Anbiduna eines Soldatenrats besteht für ihn darin, daß er richtig grinsen lernt.

Kurz und gut: aus der ganzen Rede dieses Generals geht deutlich hervor, daß er nur mit grimmigem Widerstreben die Existenz seines Soldatenrates anerkennt, daß er ihn von vornherein als Feind betrachtet und daß

er alles tun wird, ihm seine Arbeit zu erschweren und unmöglich zu machen.

Und die Möglichkeit dazu gibt ihm? Der famose Kommandoerlass des Kriegsministers. So lange dieser Erlass besteht, ist eine erprießliche Arbeit der Soldatenräte ganz unmöglich. Wie nötig aber eine solche ist, das beweist ja am besten schon ein General, der für die politische und moralische Notwendigkeit und für die Aufgaben der Soldatenräte nicht das leiseste Verständnis hat.

Solche Generale müssen verschwinden. Vor allem aber muß der Kommandoerlass verschwinden, der sie stützt und ihre Macht bestärkt. Der Kampf gegen den Kommandoerlass, das ist die erste Aufgabe jedes freien und selbständigen Mannes unter den Soldaten. Und die Arbeiterräte werden ihre Kameraden bei diesem Kampfe nicht im Stich lassen.

### Der Matrosenmord.

Der Vater eines in der Französischen Straße mit erschossenen Matrosen hat die Leiche seines Sohnes im Schauhaus beschlagnahmt und schreibt und darüber:

Die 24 toten Matrosen liegen in einem abgesonderten Raum. Nur diejenigen, die sich als Angehörige ausweisen können, haben zu diesem Raume Zutritt. Ich habe festgestellt, daß die meisten der Toten in der schlimmsten Weise verfauldet waren. Es war mir schwer, die Leiche meines Sohnes wiederzuerkennen, nur an der Kleidung konnte ich dies feststellen. Mein Sohn hat eine ganze Menge Kleingeld mit sich genommen. Daß die Matrosen vor der Erschießung in der schärfsten Weise mißhandelt worden sind, beweist die Tatsache, daß meinem Sohn ein Auge und die Zähne ausge schlagen waren.

Ich kann bezeugen, daß mein Sohn ohne Waffen in die Französische Straße gegangen ist. Er war als Schreiber tätig, hatte mit dem Augendienst nie etwas zu tun und trug am Tage der Erschießung Zivil. Er hat öfters mit Kade in der Bendlerstraße zu tun gehabt und war persönlich mit ihm und auch mit Leutnant Fischer bekannt. Daß die Erschießung an den Matrosen von langer Hand vorbereitet war, geht aus dem Umstande hervor, daß mit mein ermordeter Sohn schon am Sonnabend, den 8. März, mitteilte, er habe in der Bendlerstraße erfahren, daß die Matrosen, die sich am 11. März in der Französischen Straße ihre Abkündigung haben wollten, gepöbelt werden sollten. Da er sich durch seinen Verkehr mit der Bendlerstraße für sicher hielt, ging er trotzdem zum Abkündigungsumplan. Nun ist er durch seine Unvorsichtigkeit eines der vielen unglücklichen Opfer des Rotkehlchen-Matrosenmordes geworden.

Der Zeuge hat außerdem festgestellt, daß seinem toten Sohne 500 Mark Gold, Briefkäse und andere Wertgegenstände fehlten.

### Kolbenköpfe und Schläge.

Und wie geschlafen: Ich bin Einwohner von Lichtenberg, war aber an den Kämpfen in keiner Weise beteiligt, da ich vom Sonnabend, den 8., bis zum Dienstag, den 11. März, mich in Niedersdorf bei Verwandten aufhielt, eine Tatsache, für die viele Zeugen vorhanden sind. Am Freitag, den 15. März, wurde von Regierungstruppen meine Wohnung nach Waisen durchsucht. Obwohl nicht das geringste gefunden wurde, erklärte mich der führende Feldwebel für verhaftet auf Grund der Anwesenheitsaufnahme der „Arbeiter“ und der „Roten Fahne“. Diese beiden Dokumente wurden auch als Anlagematerial mitgenommen. Ich wurde nach der Schule in der Waisenstraße transportiert und blieb in Arrest, bis ich am Sonnabend abend zum erstenmal vernommen wurde. Der vernehmende Offizier sagte mir, ohne eine Frage an mich zu stellen, daß man Beweise dafür habe, daß ich auf Regierungstruppen geschossen hätte, und daß ich ein vorzüglicher Schütze sei. Meine Bitte, einige Zeugen aus meinem Hause zu vernehmen, wurde ohne weiteres abgelehnt, und als ich mich bereit erklärte, mein Klobi nachzuweisen, erwiderte man, das geht und hier gar nichts an.

Am selben Tage 11 Uhr abends wurde ich mit einem Bekleidungsgeführten zusammen per Koffizier, unter Bewachung von 12 Regierungssoldaten, in die Waisenstraße neben dem Edenhotel transportiert. Schon als wir das Auto bestiegen, wurden wir mit Kolbenköpfen traktiert und mit den Worten bedroht: „Ihr Hunde, Ihr sollt nicht lebend ankommen“. Auf der ganzen Fahrt, und während wir beim Edenhotel ausgeladen wurden, wurden wir aufs brutaleste mißhandelt. So daß ich noch heute die Spuren am Körper trage. Als wir ankamen, wurden die uns begleitenden Mannschaften von Offizieren angefahren: „Was, die Hunde bringt Ihr lebend an, dafür müßte man Euch ja gleich erschießen.“

Wir wurden durch den Garten des Hotels mit Ohrfeigen und Kolbenköpfen getrieben, und es wurde und wieder gedroht: „Ihr freipieser noch heute auf dem Waisenhaus.“ Am Tag darauf wurde ich des Mittags zur abermaligen Vernehmung vor einen Mittweiser geführt. Nachdem er mich zuerst nach meiner Beteiligung an der Revolution vom 9. November ausfragt hatte, unterbrach er mich plötzlich, während er in den Ästen blätterte, mit den Worten: „Nun gut, Ihre Sache ist erledigt, es geht sehr, daß Sie aus einem Turm mit einem Maschinengewehr geschossen haben, dabei sind Sie gesehen worden.“

Als ich darauf erklärte, daß ich während der Lichtenberger Kämpfe mich in Niedersdorf aufgehalten hätte und bereit sei, Aussagen für mein Klobi nachzuweisen, erklärte er dann, „es ist gut, Sie können gehen“. Danach wurde ich sofort auf freien Fuß gesetzt. Auf dem Transport saßen die uns mißhandelnden Soldaten u. a.: „Du verfluchter Spionist, wo hast Du denn die feine Kleidung her, die hast Du doch gestohlen, so feine Sachen können wir uns ja nicht einmal leisten.“

### Das Märchen vom Hedwig-Krankenhaus.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hatte zu Anfang der vorigen Woche die Kasernen vertrieben, und Hedwig-Krankenhaus seien bewacht einzufriedet worden mit ausgetrockneten Augen und abgestuhlten Chren. Wir schickten daraufhin einen Topfgeschütten in das verfallene Krankenhaus, der sich nach dem Besonderen erkundigen sollte. Er wurde nicht vorgefunden, aber die Oberin erklärte ihm, im Hedwig-Krankenhaus läge nicht ein Verwundeter, dem die Augen ausgehoben oder die Chren abgehauen wären. Sie habe sich über die heftige Presseführung sehr gewundert.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division behauptet jetzt, die

Verwundungen hätten nicht stattgefunden. Wir halten noch wie vor daran fest, daß uns die Auskunft vom Hedwig-Krankenhaus, so wie wir sie dargestellt haben, tatsächlich gegeben worden ist.

### Das Berichtigungsfieber.

Zu dem in der „Freiheit“ des 18. März erschienenen Artikel „Gefahren in Spandau“ teilt der Presschef des Reichskorps Wägen mit: Durch Vernehmung der Votrouille ist festgestellt worden, daß der betreffende Soldat des Reichskorps deswegen von seiner Schutzmaske Gebrauch machen wollte, weil die in umgebende Wachenmenge ihn tödlich angriff und den Arrestanten zu bestreiten drohte, wobei dann derjenige, der den Arrestanten fortsetzen wollte, getroffen wurde. Der Soldat hat demnach nur pflichtgemäß gehandelt.

Und wurde diese Darstellung von sehr zuverlässiger Seite gegeben. Hoffentlich bringt die Untersuchungskommission in all diese Dinge volle Klarheit.

### Die Streikbewegung in Oberschlesien.

Der Generalstreik in Oberschlesien ist am 14. März abgebrochen worden, um zu verhindern, daß den Regierungstruppen Gelegenheit gegeben werde, ein Blutbad unter den Streikenden anzurichten. Die programmatische Erklärung der Streikenden, mit der das Ende des Streiks herbeigeführt wurde, haben wir vor einigen Tagen abgedruckt. Zu den Vorgängen selbst erhalten wir vom Genossen Parich, der sich während dieser Zeit in Oberschlesien befand, einen Bericht, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Am Montag, den 10. d. M., kam ich in Hindenburg in Oberschlesien an. Ein rauher kalter Vormittag und Dubebe von Frauen, bis zum Grenzfalter und hundert von Hindenburg kamen barisch. Es schauerte einem, wenn man es sah.

Um meine Frage an einige dieser Frauen, warum sie barisch gingen, bekam ich die einfache Antwort: das was sollen wir uns Schube kaufen, von was Strümpfe?

Am Abend erfolgte ohne jedweden Grund plötzlich Gewehr- und Maschinengewehrfire in die harmlos herantretende Menge. Einige Tote und Verwundete waren das Resultat. Die Erbitterung der Massen stieg auf höchste. Es gelang dem Genossen, Rechtsanwalt Lichtenstein, im Verein mit dem Landrat und dem kommandierenden Hauptmann Proste, einem jungen aber sehr verständigen Mann, zu einer Vereinbarung zu kommen, daß im gesamten Kreise Hindenburg lediglich die Polizei als Sicherheitsorgan zu gelten habe und daß die Truppen in ihren Quartieren verbleiben.

Der Streik hatte nur politische Forderungen.

Da die Durchführung dieser Forderungen nach Beendigung des Berliner und des Mitteldeutschen Streiks ausbleiben geworden war, ganz besonders die Forderung nach Befreiung des Grenzgebietes kamen wir überein, dafür zu sorgen, daß die Bewegung möglichst einheitlich abgebrochen werde. Im Auftrag der Genossen verhandelte ich mit den Behörden wegen Aufhebung des Belagerungszustandes und der Abhaltung von Versammlungen.

Ich fuhr Dienstag früh nach Ratibitz, verhandelte mit dem Staatskommissar, einem „Genossen“ Dr. Gottschalk, der mir mit vielen Worten nichts sagte, dann mit dem Bergpatronenbauer, der auf meine Bemerkung, daß bei einem noch einige Tage andauernden Streik die Kohlen einzufließen und dadurch für zwei bis drei Monate die Produktion still läge, erklärte: Das macht gar nichts! In zwei bis drei Monaten müssen wir dieselben Kohlen aus den Bergwerken holen, so die als jetzt oder später fließen ist gleich im Gegenteil, um so schneller wird das Leide, wenn unabhätbare Kohlen zusammenfließen und Kohlenflut. Ich, die produzierenden wir nur noch aus die die aus Allgemeinheit kann wir geben bei den jetzigen Löhnen und der niedrigen Produktion auf allen Gruben Geld zu, die Wismarstraße jeden Monat zwei Millionen. Ich bin der Auffassung, kümmern Sie sich um den Streik gar nicht, denn hört er in acht Tagen auf, ganz besonders, wenn die Arbeiter merken, daß bei allen Ausfahrungen (dies vorausgesetzt) wird! Und das allein kann und helfen, das ihnen hilft und gar nichts und Ausstände nicht noch werden.

Arbeiterräte, Betriebsräte erkennen wir nicht früher an, als wir durch Wege dazu gewonnen werden.

Ich fuhr ohne jedes Resultat nach Hindenburg zurück. In einer Sitzung der Vertrauensleute der ober-schlesischen Gewerkschaft wurde dann eine Entschließung angenommen, der Kampf abgebrochen und ihn zu geplanter Zeit wieder aufzunehmen. (Der Wortlaut der Entschließung haben wir in Nr. 19 bereits veröffentlicht. D. Mch.)

Der Generalstreik sollte abgebrochen werden, nicht nur um ein Blutbad zu verhindern, sondern auch um keine Veranlassung zu einem Blutbad unter den Streikenden zu geben. Blutbad ist nicht nach den Wünschen der militärischen Verwaltungen zu sein.

Nachts um 11 Uhr kam der Kommandant mit seinem Adjutanten um mich zu erörtern, daß die von ihm angesetzte Vernehmung der Vertrauensleute usw. zu einer öffentlichen Versammlung werden sei. Ich läse nach Auffassung des Generalkommandos des 9. A. A. des Generalkommandos und des Vorgesetzten die Zeugen gegen das Belagerungszustandgesetz vernommen und in das Ober-schlesien auszuweisen. Da ich beabsichtige Vernehmung habe anzusetzen, daß diese Ausweisung die Erzeugung der Arbeiterkraft hervorbringen würde, erklärte ich dem Militärkommandeur in Sie mit, daß ich mich nur der Gewalt widern würde. Ich müßte, wenn diese Anordnung aufrecht erhalten würde, gar nehmen, daß es beabsichtigt sei, Arbeiterblut und Arbeiterleben zu vernichten. Ich habe deshalb, noch einmal mit dem 9. A. A. Rücksprache zu nehmen. Der Herr Kommandant hat meiner Auffassung an, nahm schließlich die Ausweisung zurück und erklärte mit dem 9. A. A. Rücksprache nehmen zu wollen.

Am Mittwoch, früh um 8 Uhr, kam der Leutnant und brachte mir folgendes Dokument:

Hindenburg, den 12. 8. 19. Der frühere Volksbeauftragte, Herr Parich, hat auf Verleht des 9. A. A. B. A. A. den Bericht des Belagerungszustandes u. C. E. E. zu verlassen, da er in einer öffentlichen und nicht genehmigten Versammlung am 11. 8. 19 in Hindenburg gesprochen hat.

Herr Parich hat fünf Stunden nach Erhalt dieses Verleht, bei Vernehmung seiner Verleht, die Kontrolle ergriffen.

Um die Erzeugung der Arbeiterkraft zu verhindern, hat ich den Genossen erst nach Wiederannahme der Arbeit den wahren Grund seiner Abreise zu sagen. Durch dieses Verhalten haben die schlesischen Behörden große Schäden hervorgebracht. Nur unserer Jurisdiktion und der Verantwortung der Arbeiter ist es zu danken, daß ein Blutbad verhindert wurde.

Ich lasse das Generalkommando des 9. A. A. den Streik-Soldatenrat und den Volkstest von Schlesien über setzen an, daß ich durch ihr Verhalten ein die Gefahr heraufbeschworen, daß die Ober-schlesien von Polen angegriffen wird. Die Verhandlung, die jetzt die ober-schlesische Bevölkerung durch den Grenzschutz und die dortigen Behörden erleidet, treibt sie gewaltig in das polnische Lager. Die Ausgrenzung der Behörden und die Militärbehörden ist hierfür als ein unter dem alten System war, auswendig deshalb die ober-schlesische Bevölkerung nach mehr der deutschen Seite, als früher. Deshalb sind die gegenwärtigen Maßnahmen keine Entschuldigung für das Verhalten der Behörden beim Deutschen Reich, sondern die allerärteste Gefahr.



### Die Ketter Berlins.

Aus den vielen und mitgeteilten Berichten über Ausschreitungen der Regierungstruppen geben wir wieder einige wieder. Es dürfte nun bald keinen ehrlichen Menschen mehr geben, der von Fingerringen redet. Vielmehr muß angenommen werden, daß die noch nicht verrotten Elemente in den Freikorps zu den Seltenheiten zählen. Über der „Vorwärts“ und seine Freunde schloß die Freikorps und begrüßten sie als Hüter der Freiheit und Ordnung. Eine wunderbare Geschmacksverirrung, um kein härteres Wort zu gebrauchen. Nach und nach hat aber selbst der „Vorwärts“ ein Paar in der Suppe gefunden und er fordert eine Reform der Freikorps. Weiter vermag er sich mal aufzumwingen.

Von Augenzugun wird uns berichtet: Am 11. März nachmittags 4 Uhr wurden in der Auguststraße in einem Lokal mehrere Männer verhaftet, die als „Spartakisten“ denunziert worden waren. Die Verhafteten wurden in den Marzall gebracht. Waffen sind bei ihnen nicht gefunden worden. Am andern Morgen früh gegen 6 Uhr wurden die Verhafteten nach Moabit transportiert. Der Pole Handvoll, der eine größere Summe Geld bei sich trug, wurde von den Regierungssoldaten mit auf die Straße gebracht, hier mit den Kolben geschlagen und dann erschossen. Um 8 Uhr und Schuhe wurden ihm abgenommen, ebenso Mantel und Hut. Die Gefangenen, die vorausgingen, hörten noch das Schreien des Geschlagenen und die Schüsse, die ihn tot zu Boden streckten. Der Tote wurde später als Unbekannt ins Reichenschauband eingeliefert. Seine Freunde haben ihn dort wiedererkannt.

In der Rübendorfer Straße 52 wohnt der Arbeiter Andreas Hoffmann. Am Mittwoch, den 12. März, mittags 12 Uhr, erschienen mehrere Soldaten in der Wohnung, um Hausdurchsuchung abzuhalten. Herr Hoffmann war nicht zu Hause, sondern nur sein 24jähriger Sohn Karl Hoffmann und dessen Braut. Karl Hoffmann ließ sich gleich von seiner Braut den Schlüssel zur Seitentür geben und zeigte dann sofort unaufgefordert den Soldaten einen Karabiner, der im Kleiderschrank lag. Diesen Karabiner wollte er am Abend vorher im Hausflur gefunden haben und ihn am Tage der Hausdurchsuchung abgeben. Die Straße war jedoch gesperrt und niemand durfte sie betreten. Aus diesem Grunde war Karl Hoffmann auch zu Hause und nicht auf seiner Arbeitsstelle, einem Telephonanten in der Körnerstraße. Die Soldaten identifierten seinen Worten keinen Glauben, sondern nahmen ihn fest und führten ihn in ein im selben Hausflur gelegenes Restaurant. Schon nach kurzer Zeit wurde er mit Kolbenstößen wieder heraus auf die Straße getrieben und durch mehrere Schüsse hinterrücks erschossen. Die Braut, die im selben Augenblick das Fenster geöffnet hatte, sah ihn gerade noch umsinken. Auf dem Boden in dem Restaurant fand sich später die geleerte Dreifachschale des Ermordeten, die 800 Mark enthielt, sowie das von Kugeln durchlöchernte Portemonnaie, das ebenfalls um 25 Mark beraubt war.

Der Fall fordert ebenfalls strengste Untersuchung. Der Vater des Getöteten berichtet uns, daß sein Sohn mit den Kämpfern nichts zu tun hatte. Er war mit Ausnahme von drei Jahren, die er im Felde zugebracht hatte, seit 1912 bei der Oberpostdirektion als Telephonarbeiter tätig und hat auch in der letzten Zeit bis auf den letzten Tag, an dem er wegen der Sperre das Haus nicht verlassen konnte, immer gearbeitet. Er wollte sich in den nächsten Tagen verheiraten.

Der Vater war zur Zeit bei seinem in Köpenickerhagen wohnenden Schwiegerjohn. Am Tage des mitgeteilten Vorfalls waren auch dort Soldaten erschienen, die angeblich auf Hoffmann scharf zu warten. Bis 5 Uhr nachmittags blieben sie dort, der alte Hoffmann kam aber erst um 6 Uhr nach Hause. Wer wohl, welche unbestimmten Schicksal er dadurch entgangen ist.

Der Arbeiter Richard Linke, wohnhaft Weißensee, Meher Straße 49, passierte am Dienstag voriger Woche die Gürtelstraße in Weißensee. Da erwidert der Ruf: „Straße frei“, und gleich wurde auch geschossen. Da Linke Invalide war — er war zu 50 Prozent erwerbsunfähig — konnte er nicht schnell genug die Straße verlassen, und es traf ihn eine Kugel, die ihn schwer verwundete. Da trotzdem immer weiter geschossen wurde, konnte dem Verwundeten keine rechtzeitige Hilfe gebracht werden. Im Krankenhaus erlag er später seiner Verletzung.

Der im Hause Niederbarnim-Straße wohnhafte Tischler Paul Haase wurde auf eine Denunziation hin mit einer Hausdurchsuchung bedacht und da man in seiner Wohnung ein Bild Diebstahls fand, verhaftet, nach den Prozeduren des Orients und dann nach einer Stunde in der Frankfurter Allee gebracht. Hier ließ er in einem Keller auf mehrere Leidenstühle setzen. Kurz nach seiner Ankunft sollte er mit den übrigen Gefangenen nach dem Volksgesprächsbüro gebracht werden. Als er dort in Folge legte, da er den Soldaten nicht traute, wurde er mit Kubitrinen Knien mißhandelt. Ein Soldat äußerte dabei: „Wenn ich den geholt hätte, wäre er nicht lebendig hierher gekommen.“ Die Gefangenen wurden nun alle auf einem Auto verladen. Vor der Abfahrt wurde er weiter heruntergeholt, und zurückgeführt. Zufällig konnte ihn der Schandknecht, und da dieser ihm ein gutes Zeugnis ausstellte, ließ man ihn wieder frei. Nun auf einmal war er nicht mehr gefährlich.

Am 6. März war der bei der M. E. W. eingestellte Sanitätsmeister Reichert damit beschäftigt, bei Kämpfen in der Elisabethstraße Verwundete zu bergen. Bei der Fahrt, auf der Verwundete lagen, schwankte er die Genfer Fahne. In dem Augenblick traf ihn ein Schuß in den Rücken, der ihn schwer verwundete. Im Krankenhaus Friedrichshagen erlag er der Verletzung.

Am Lehrer Bahndorf. Am 18. März wurde der Sanitätsgehilfe Müller von einem Marineoffizier angehalten. Der Offizier zeigte ihm den geladenen und eingescherten Revolver auf die Brust und erklärte ihn für verhaftet. Grund: Trauen einer roten Kolarde. Der Offizier nötigte den Verhafteten, mitzugehen. Hundert Meter entfernt jagte der Offizier seinen Gefangenen in eine Röhre im Gebäude des Postamts 40. Hier, an einem stillen Ort, forderte der Offizier den Gefangenen unter Bedrohung mit der Waffe zur Entfernung der roten Kolarde auf. Müller leistete der Auffor-

derung Folge und wurde freigelassen. Auf eine Anfrage Müllers gab der Bestrengte die Antwort, er sei Adjutant eines Marine-Regiments.

Bei einem Friseur in der Waberbirstraße, der Mitglied unserer Partei ist, wurde in der vorigen Woche — wahrscheinlich auf eine Denunziation hin — dreimal gehäuselt. Gefunden wurde nichts. Dagegen vermißte die Ehefrau nach der Hausdurchsuchung ihr Portemonnaie mit 8 Mark Inhalt und zwei Fleischkarten. Beides lag im Küchenschrank, und die Küche wurde von einigen Soldaten durchsucht, als sich das Ehepaar mit den anderen Soldaten in der Wohnstube befand.

### Die Erschießungen in Neukölln.

Wir erhielten aus Neukölln folgenden Brief: „Am Montag, den 10. März, abends gegen 7 Uhr, wurde mein Mann von einem Offizier und vier Soldaten in meiner Wohnung verhaftet. Mein Mann ging mit den Worten fort: Ich bin unschuldig und werde bald wiederkommen. Leider wartete ich vergebens. Die Augenzugun behaupten, daß mein Mann in der Nacht zum Dienstag in der fürchterlichsten Weise mißhandelt, und als er schon tot war, erschossen worden. Man hat ihn mit Kolbenschlägen derartig auf den Kopf geschlagen, daß das Gehirn herausstrahlte. Außerdem erhielt er noch drei Bajonettstiche. Dann wurde er, um den Schein der handrechtlichen Erschießung zu wahren, an einer Schlinge hochgezogen und von 6 Kugeln durchbohrt.“

Ich habe sofort einen Arzt zur Feststellung der Todesursache angerufen. Dieser hat die Wundheilungen bestätigt. Mein Mann liegt in der Leichenhalle Neukölln. Wenn es den Herren von der Regierung zweifelhaft erscheinen sollte, so bin ich gern bereit, sie an die Waise meines Mannes zu führen, damit sie sich von den Grouellanten ihrer Schutztruppe persönlich überzeugen können. Mein Mann war 4 1/2 Jahre Kriegsteilnehmer und seit 14 Jahren an der Straßenbahn als Führer tätig.“

Wir haben über den Fall sofort Erkundigungen eingezogen. Das Attest des betr. Arztes liegt uns vor und stellt folgenden Befund fest:

„Bei der Eröffnung hat P. 6 Gewehr- und 1 den linken Oberarm getroffen hat, welcher gebrochen ist (Schußbruch). Außerdem habe ich an der Leiche folgende Verletzungen festgestellt: Am Hinterkopfe befindet sich eine etwa faunmarktdicke lappige, blutende Wunde, unter welcher die Schädeldecke getrümmert ist, und zwar dergehalt, daß sich mehrere große Knochen splitter aus der Wunde entfernen ließen. Die Gehirnhäute lag frei und blüht mit dem Blut aus der tiefen fließenden Wunde heraus. Diese Verletzung hätte schon allein genügt, um den Tod auf der Stelle herbeizuführen. In der linken Schläfengegend befinden sich 2 etwa 2 1/2 bis 3 Zentimeter lange blutende, klaffende Stichwunden, deren Wänder ziemlich scharf sind. Sie erwiesen sich als Hautwunden. Das Schädeldach darunter ist intakt, die Haare in der Umgebung dieser Wunden sind kurz geschnitten und an den Wundrändern fast gänzlich abgeschnitten. Im Bereich des linken Auges und der linken Stirnseite sieht man mehrere blutige Hautpartien und Blutergüsse. In der rechten Brustseite befindet sich eine 2 1/2 bis 3 Zentimeter lange etwa 7 Zentimeter tiefe klaffende, blutende Stichwunde, dergleichen in der linken Weiche. Am linken Unterarm sieht man etwa in der Mitte der Vorderseite einen marktdicken Bluterguß und eine kleinere Quetschung auf dem Handrücken.“

Wir haben festgestellt, daß der Getötete an den Kämpfen nicht teilgenommen hat. Auch wurden Waffen bei ihm nicht gefunden. Er ist lediglich am Tage vorher mit Regierungstruppen in Streit geraten. Dabei soll es zu Täuschlichkeiten gekommen sein.

Am Mittwoch, den 12. März, ist in Neukölln ein 18jähriger junger Mann namens Kurt Fleischer erschossen worden. Der Junge war körperlich und geistig völlig zurückgefallen und konnte deshalb keiner Arbeit nachgehen. Am 12. März spielte er mit den Kindern noch auf der Straße. Gegen 1/2 Uhr erschien eine bewaffnete Nachfahrerpattouille, die den Jungen „wegen spartakistischer Umtriebe“ verhaftete. Gegen 5 Uhr lag er schon als Leiche auf dem Hofe des Hauses Warschauer Straße 24. Die Soldaten ließen nach vollzogener Erschießung ihr Opfer im Hofe liegen, erst am Freitag wurde der Tote in die Leichenhalle gebracht. Die Erschießung ist lediglich auf Grund einer Denunziation erfolgt. Am 12. März wurde in Neukölln außerdem der 43jährige Johann Czerninski handrechtlich erschossen. Die Erschießung wurde nach dem Urteil des Standgerichtes der Garde-Kavallerie-Schützen-Division durch Leutnant Rlesmann angeordnet, und zwar wegen Betruges und Verleitung zum militärischen Diebstahl. Das Alibi steht uns zur Verfügung.

Trotz dieser notorisch feststehenden Tatsache wurden wir letztendlich mit einer „Berichtigung“ beklagt, in der behauptet wurde, in Neukölln hätten Erschießungen nicht stattgefunden!

### Gewerkchaftliches.

#### Zum Tarifabschluß in den Gemeinde- und Staatsbetrieben G.-B.-Berlins.

Auf viele an und gerichtete Anfragen wegen Inkrafttretens des neuen Tarifvertrages teilen wir folgendes mit: Die Tarifverhandlungen für die Gemeindebetriebe fanden am 1. März im Berliner Rathaus statt. Am 8. März er. gab die Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter fast einstimmig ihre Genehmigung zum Abschluß des Vertrages. Am 4. März bereits ging dem Magistrat der Stadt Berlin ein entsprechender Bescheid vom Gemeindearbeiterverband zu. Wie vom Magistrat mitgeteilt wird, fanden aber die Aufstimmungserklärungen der übrigen am Vertragsschluß beteiligten Organisationen noch am Sonnabend, den 16. d. M., nicht endgültig statt. Die Urwahlen der letzten Wochen und der dadurch behinderte Verkehr, sowie die Unmöglichkeit, eine Zusammenkunft der einzelnen Gewerkschaften und eine Sitzung der Syndikatsvertreter abzuhalten, verzögerten den Abschluß des Vertrages wiederum in erheblicher Weise.

Zeit ist die Angelegenheit soweit gelassen, daß die Betriebsleitungen bzw. Gemeindevorstellungen sofort mit den Arbeiterausschüssen über die Einreichung der einzelnen Arbeitsgruppen in die betreffenden Wohnhäuser in Verhandlung treten müssen. In einzelnen Betrieben finden diese Verhandlungen schon statt. Wo das noch nicht geschieht, sollten die Arbeiterschlüsse ener-

gisch darauf drängen, daß die Beratungen sofort aufgenommen und im Laufe dieser Woche erledigt werden.

Die Nachzahlungen der laut Tarifvertrag erhobenen Löhne müssen dann umgehend, und zwar mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar, erfolgen. Auch diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben diese Nachzahlungen zu erhalten, die inzwischen wegen Arbeitsmangel entlassen worden sind.

Die Verhandlungen mit der Staats- und Reichsregierung sind soweit beendet, daß der Lohnarif nunmehr feststeht. Sämtliche Beschäftigte erhalten einwöchentlich die erhöhten Lohnsätze ab 1. Januar einen Vorschuß von je 100 Mark. Wo der Vorschuß noch nicht gezahlt worden ist, müssen die Arbeiterausschüsse die vorgezeichneten Dienstbehörden energisch mahnen, die Vorschußzahlung vorzunehmen. Der allgemeine Teil des Tarifvertrages, der einer Unterkommission zur Beratung überwiesen worden ist, steht in seiner endgültigen Fassung noch nicht fest. Am Mittwoch, den 19. d. M., wird voraussichtlich aber auch dieser Teil des Vertrages seine Erledigung finden.

#### Bedrohender Generalstreik in der Rühlhauer Textilindustrie.

Rühlhausen, 18. März. Der Streik der Rühlhauer Textilindustrie droht sich zu einem Generalstreik zu entwickeln. Die Firma Dollfuß-Wieg, hinter der sämtliche hiesige Industriellen stehen, hat an die Angestellten das Ansuchen gerichtet, unter Verlängerung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden die Arbeit wieder aufzunehmen. Daraus haben die Rühlhauer Gewerkschaften in einer Resolution beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren, falls bis zum Dienstag abend vom Präsesen in Ruhlhausen und der Regierung in Paris keine oder keine befriedigende Antwort einliefe.

Das Gewerkschafts-Komitee von Ruhlhausen besprach in seiner Sitzung am 10. März das in Aussicht genommene Umlageverfahren zur Schaffung eines Grundfonds zum Bau eines Gewerkschafts- und Volkshauses. Alle Gewerkschaften mit einer Ausnahme stehen dem Plan sympathisch gegenüber. In nächster Zeit ist ein Lichtbildvortrag geplant, um die Arbeiter für die Errichtung eines eigenen Heim zu interessieren. Der Erziehung der Arbeiterjugend soll erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet und die seit November ins Leben gerufene „Freie Jugendorganisation“ alle Unterstützung erfahren, wobei jede Parteinarbeit zu Gunsten einer politischen Bindung unterlassen werden soll. Durch belehrende Vorträge sollen die jungen Deutschen in die Anfangsgründe der sozialistischen Weltanschauung eingeführt werden. Geeignete Genossen in den Gewerkschaften, die sich für diese Aufgabe eignen, sollen in Vorschlag gebracht werden. Der Delegierte der Gärtner, rühlet an die organisierte Arbeiterkraft von Ruhlhausen und Bismarck das Ersuchen, zur Stärkung der jungen Organisation Beizutragen. Mit der Anregung, Familien in Krankheitsfällen zu helfen, wurde ein Ausschuß beauftragt. Die Sitzungen der Komitees finden am Montag vor den 15. jeden Monats, abends 8 Uhr, bei Diercke statt.

### Groß-Berlin.

#### Au unsere Abonnenten.

Die Vorgänge in der letzten Zeit haben die Zustellung der Zeitung an die Abonnenten sehr schwierig gestaltet und zeitweise durch die militärischen Maßnahmen unmöglich gemacht. Auch unsere Botenfrauen haben ihren Dienst infolge dessen nicht so ausüben können, wie es im Interesse beider Teile gelegen war. Wir bitten unsere Abonnenten, die durch die Verhältnisse und ausgedehnte unregelmäßige Zustellung der Zeitung entschuldigen und unseren Botenfrauen bei Einklebung des Abonnementbeitrages für den laufenden Monat keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Unsere Abonnenten können versichert sein, daß in Zukunft alles, was an dem Verlag liegt, gelichtet wird, um sie zu Frieden zu stellen, wie auch die Redaktion bestrebt ist, in einer Zeit, wo Lüge, Schwindel und Verleumdung wieder blüht, Recht und Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen.

#### Auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

Ein rauher Montag, heuchelnde Luft und Regen mit Schnee vermischt. Das Wetter so unwirksam wie die Menschen, die mit der Rot kämpfen und sich einer brutalen Nacht bezugen müssen.

Die Wanderung nach der historischen Ruhestätte im Friedhofshain wurde gestern nur von verhältnismäßig wenig Menschen unternommen. Es schien, als habe man sie vergessen, die Stabellen, die vor 71 Jahren dasselbe Schicksal erlitten, wie heute so viele Hunderte in den Straßen Berlins. Auch die Krankspenden waren nicht so zahlreich wie ehemals. Nur wenige Organisationen und Betriebe sandten ihre Erinnerungsbezeugungen, u. a. der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der U. S. P., die Arbeiter und Angestellten der Flugzeugmeisterei Adlershof, die Arbeiter der Munitionsfabrik Spandau, der Verband der Staatsarbeiter, der Zentralverband der Bäcker und Konditoren, die organisierten Angestellten der Versicherungs-gesellschaft „Victoria“.

Die Toten, die dort draußen ruhen, leben dennoch im Herzen der Proletarier fort. Sie sind nicht vergessen. Ihre Zahl hat sich noch um viele vermehrt. Die Überlebenden werden sich immer bewußt sein, daß alle die, die dort unter dem grünen Rasen schlummern, im Kampfe um ein hohes Ziel, die Befreiung vom geistigen und wirtschaftlichen Druck, fielen. Und um dieses Ziel wird die lebende Generation weiterkämpfen.

#### Hüssen in Neukölln.

Hüssen macht in Neukölln ganze Arbeit. Mit militärischem Schicksal hat der Herr Generalmajor den verführten Gelagungsstand wieder eingeführt. Gründe dafür sind nicht vorhanden. Zu gleicher Zeit wurde das Infanterie-Regiment 64 entwaffnet. Die Entwaffnung ging in der bekanntesten Weise vor sich. Die Truppen wurden vorher scharf gemacht, daß man es mit ganz verteuerten Spartakisten zu tun habe. Dementsprechend wurde der Aufmarsch mit dem bekannten Knüttelkampfmittel vollzogen.

Es fiel den Herrn notorisch gar nicht ein, irgendwelchen Widerstand zu leisten. Sie waren über das Vorhaben zwar äußerst empört, ließen aber ohne weiteres ihre Waffen ab. Der Befehl zur Entwaffnung der 64er ist von Herrn Nolde ausgegangen. Grund: die 64er haben noch selbstgewählte Führer, und so etwas schickt sich natürlich nicht für den republikanischen Militarismus. Außerdem hat man es den Herrn bewußt, daß sie sich nicht an der blutigen Schießerei auf den Straßen Neuköllns beteiligt haben.

